

## K-6NEU Kapitel 5: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: Landesvorstand  
 Beschlussdatum: 08.12.2022  
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und  
 2 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe  
 3 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in  
 4 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen  
 5 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz  
 6 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von  
 7 vor der grünen Regierungsverantwortung.

8 Berlin war heruntergewirtschaftet

9 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise  
 10 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch  
 11 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner  
 12 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen  
 13 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-  
 14 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche  
 15 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die  
 16 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdwörter – stattdessen wurden  
 17 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt\*innen weit hinter der  
 18 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile  
 19 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am  
 20 Horizont erkennbar.

21 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

22 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. In der  
 23 Wahlperiode 2016 bis 2021 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300  
 24 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die  
 25 Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro  
 26 steigern. Diesen Weg gehen wir in der aktuellen Legislaturperiode weiter. Um  
 27 Handlungsfähigkeit vor Ort zu schaffen, haben wir seit 2016 einmalige Sonderprogramme  
 28 verstetigt und wieder in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“  
 29 zurückgegeben. Der „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben  
 30 sich der Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister\*innen und alle  
 31 Senator\*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung  
 32 effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und die  
 33 Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene weiter zügig umsetzen.

34 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

35 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das  
 36 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen  
 37 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter  
 38 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den  
 39 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner  
 40 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei

41 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen  
42 kooperieren.

43 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

44 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen  
45 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem  
46 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO<sub>2</sub> reduzieren und die Reduzierung von  
47 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der  
48 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

49 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

50 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke  
51 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann  
52 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden  
53 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen  
54 und Aufgaben von gesamstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende  
55 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung  
56 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen gesetzten Ziele  
57 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen  
58 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen  
59 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren  
60 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den  
61 demografischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in  
62 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einem attraktiven Arbeitgeber, bei dem  
63 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die  
64 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen  
65 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter  
66 Kolleg\*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative  
67 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser  
68 Stadt längst ist.

69 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

70 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,  
71 so dass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,  
72 tatsächlich vor Ort entscheiden können. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach  
73 Parteienproporz besetzen, sondern eine echte „Bezirksregierung“ schaffen, also ein  
74 Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für die Entscheidungen auf der einen Seite und  
75 klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt vertretenen Parteien auf der anderen, die  
76 dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)  
77 erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“ wird für die Bürger\*innen  
78 ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht einher, dass wir die  
79 Bezirksverordnetenversammlungen stärken wollen, zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr  
80 ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben. Für die dafür erforderlichen  
81 Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

82 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise  
83 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben  
84 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit  
85 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der  
86 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt  
87 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad

88 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte  
89 und vielfältige Hauptstadt.

#### 90 5.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und gerechter machen

91 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen  
92 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und  
93 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise  
94 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite  
95 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten  
96 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer\*innen wurden mit  
97 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der  
98 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der  
99 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer  
100 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen  
101 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die  
102 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu  
103 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im  
104 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die  
105 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes  
106 liegen zu lassen.

#### 107 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

108 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert  
109 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums  
110 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,  
111 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines  
112 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir  
113 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in  
114 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und  
115 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

116 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht  
117 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der  
118 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger\*innen etablieren. Zur langfristigen Stabilisierung  
119 des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer guten sozialen und grünen Infrastruktur  
120 streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in  
121 gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das Gemeinwesen und vergeben  
122 öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen  
123 wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir  
124 kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und  
125 Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen sind zum Beispiel die  
126 Zusammenarbeit von Energieanbieter\*innen und Rathäusern zur Energieeinsparung (Energie-  
127 Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von Bürger\*innen. Sie können im  
128 Einzelnen geprüft und gefördert werden.

#### 129 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

130 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen  
131 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und  
132 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein Klima-Budget für die Haushalte  
133 in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem  
134 davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer

135 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere  
136 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an  
137 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften  
138 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und  
139 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit  
140 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur  
141 Klima- und CO<sub>2</sub>-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken  
142 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe  
143 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im  
144 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

145 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

146 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie  
147 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch  
148 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu  
149 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der  
150 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der  
151 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil  
152 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu  
153 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu  
154 gegründeten landeseigenen „Berliner Bodenfonds“ ausbauen und dabei mit  
155 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

156 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige  
157 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren  
158 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In  
159 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein  
160 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen  
161 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb  
162 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass  
163 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung  
164 widerspiegelt. Um Bürger\*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen  
165 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger\*innenhaushalt auch  
166 auf Landesebene ein.

167 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf  
168 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem Investor\*innen beim Immobilienkauf  
169 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur  
170 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die  
171 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen  
172 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit  
173 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita  
174 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer  
175 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)  
176 Konzerne und Einkommensmillionär\*innen ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und  
177 wir werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere  
178 zwischen Arm und Reich vergrößern.

179 5.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

180 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen  
181 und Anträge von Bürger\*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung  
182 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die

183 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut  
184 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten  
185 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und  
186 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen  
187 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.  
188 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers  
189 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind  
190 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die  
191 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden, ermutigt und in die Lage versetzt  
192 werden, neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu  
193 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins  
194 nutzen.

195 Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken  
196 neu ordnen

197 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng  
198 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen  
199 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und  
200 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen  
201 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende  
202 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen  
203 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die  
204 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell  
205 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

206 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung  
207 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen  
208 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.  
209 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit  
210 im Abgeordnetenhaus möglich.

211 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

212 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-  
213 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger\*innenamt weiterentwickeln, das so viele  
214 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Ihnen zustehende  
215 Leistungen sollen den Bürger\*innen wo möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen  
216 Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt mit den vorhandenen Daten der Bürger\*innen  
217 bereitstehen. Auf dieser Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürger\*innendiensten  
218 sowie Beratungs- und Informationsangeboten ausbauen. Das ist komfortabel für die  
219 Nutzer\*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren  
220 Mitarbeiter\*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende  
221 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden „Mängelmelder“ weiterentwickeln, um die  
222 Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Verwaltung zu modernisieren.

223 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir  
224 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt  
225 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes  
226 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird  
227 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. Um Daten  
228 systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit  
229 bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbieter\*innen prüfen und bei neuen sicherstellen.  
230 Mit dem digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung

231 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive  
232 wohnungspolitische Kontrolle.

233 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die  
234 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser  
235 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit  
236 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut  
237 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer  
238 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weitertreiben und die  
239 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle  
240 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür  
241 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel  
242 schneller meistert. Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der  
243 Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben  
244 Bürger\*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare  
245 Verantwortlichkeiten, „Privacy by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein\*e  
246 gut ausgestattete\*r IT-Sicherheitsbeauftragte\*r sind für uns integraler Bestandteil aller  
247 Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und  
248 Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel  
249 Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem  
250 Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

251 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter\*innen als  
252 auch für die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen  
253 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter\*innen werden. Für neue  
254 Vorschriften – von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und  
255 Ausführungsvorschriften – soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit wichtige  
256 Fragen zur Umsetzung nicht viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung überfordern  
257 – sondern stattdessen „digital ready“ zur Verwaltungskultur wird. Schon für die Rechtsetzung  
258 fordern wir daher digitaltaugliche Entscheidungen, in denen Recht, Organisation und IT von  
259 Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden.

260 Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz

261 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner  
262 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,  
263 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-  
264 ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von  
265 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und  
266 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,  
267 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre  
268 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der  
269 Auswahl der Entwicklungsteams.

270 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

271 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter\*innen. In den kommenden Jahren wird  
272 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen  
273 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter\*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute  
274 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns  
275 gelungen, dass Beamt\*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der  
276 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-  
277 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger\*innen, Austauschprogramme auch  
278 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten, die Laufbahn zu

279 wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die  
280 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

281 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)  
282 Behörden

283 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-  
284 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und  
285 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die  
286 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können  
287 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven  
288 potentiell Betroffener sicherstellen.

289 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren  
290 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,  
291 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus  
292 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle  
293 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

294 5.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser Zusammenleben

295 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam  
296 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016  
297 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des  
298 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben deshalb die  
299 Personalstellen in der letzten Legislaturperiode in den Bezirken um 20 Prozent angehoben,  
300 die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent und führen diesen Weg in der aktuellen  
301 Legislatur weiter fort. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um  
302 diesen Weg fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute  
303 Bürger\*innendienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass  
304 die Stadt funktioniert sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

305 Soziale und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!

306 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer  
307 Dienstleistungen bzw. Produkte orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk  
308 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr, dass andere nachziehen und die Qualität der  
309 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und  
310 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (= Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen  
311 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein  
312 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen  
313 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes  
314 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu müssen die Finanzzuweisung  
315 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und  
316 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen wie deren Mengen und  
317 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht  
318 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

319 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da  
320 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um  
321 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die  
322 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse  
323 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

324 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet  
325 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche  
326 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher\*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.  
327 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir ausprobieren, ob  
328 und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten Zielvereinbarungen verbundenen  
329 Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierung herausgenommen und stattdessen die Zuweisungen  
in  
330 anderer Form berechnet werden können.

#### 331 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

332 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir  
333 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel  
334 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch  
335 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr  
336 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

337 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel  
338 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der  
339 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplanfonds beteiligen. Wir wollen ein  
340 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der  
341 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische  
342 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –  
343 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige  
344 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner  
345 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das  
346 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und  
347 finanziell gesichert sein.

#### 348 Mehr Demokratie in den Bezirken

349 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die  
350 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen  
351 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in  
352 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben  
353 füllen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen  
354 Stadträt\*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo  
355 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk  
356 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer  
357 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger\*innen nachvollziehbar, welche  
358 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen. Mehr Demokratie bedeutet auch, das  
359 bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen  
360 die BVVen nur in einigen Bereichen über Entscheidungsrechte und können überall sonst  
361 lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse  
362 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten,  
363 auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst  
364 des Abgeordnetenhauses.

365 Auch die direkte Beteiligung von Bürger\*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll  
366 durch Bürger\*innenräte und Bürger\*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen  
367 wir gemeinsam mit Wissenschaftler\*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils  
368 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

369 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen  
370 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit  
371 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene  
372 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.  
373 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die  
374 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

375 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

376 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

377 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine  
378 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem  
379 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in  
380 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass  
381 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische  
382 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen  
383 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller  
384 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,  
385 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur  
386 noch als Erbbaurechte.

387 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

388 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,  
389 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.  
390 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO<sub>2</sub>-Einsparpfad für  
391 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten  
392 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im  
393 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin  
394 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische  
395 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und  
396 Technologien zu erproben und umzusetzen.

397 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

398 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies  
399 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns  
400 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei  
401 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer  
402 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen  
403 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres  
404 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben  
405 und Bürger\*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir  
406 auch die Modernisierung der Stadt.

407 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

408 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales  
409 Bürger\*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei  
410 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen  
411 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das  
412 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.  
413 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den

414 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter\*innen umfassend geschult  
415 werden.

416 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

417 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke  
418 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten  
419 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner  
420 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste  
421 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit  
422 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.